

ISOR aktuell

Nr. 5/97 ★ Infopreis: 0,0 DM ★ Spenden willkommen ★ Mai 1997

Mitteilungsblatt
der Initiativgemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e. V.

Dank an alle Ehrenamtlichen

Wie in jedem Jahr befaßte sich der Vorstand auch 1997 mit dem Finanzbericht des Vorjahres und dem Finanzplan für dieses Jahr sowie dem Bericht der Finanzrevision, mit dem dem Vorstand Entlastung erteilt wurde. Das trockene Fazit lautet:

Auch im Jahr 1996 hat sich die Finanzwirtschaft unserer Initiativgemeinschaft weiter gefestigt. Alle erforderlichen Maßnahmen auf politischem und juristischem Gebiet wurden finanziell sichergestellt, das Vereinsleben bewegte sich in kleinen Schritten nach vorn, die Finanzgrundlage für 1997 ist bei mindestens gleichbleibendem Mitgliederstand grundsätzlich gesichert. (Zahlen siehe Finanzbericht auf Seite 4). Hinter dieser Feststellung verbirgt sich die Arbeit vieler fleißiger Hände und Beine sowie kluger Köpfe, die Dank in aller Öffentlichkeit verdienen.

Nun erhebt sich allerdings die Frage: Wer bedankt sich bei wem? Die Antwort ist nicht ganz einfach.

Als erstes bedanken sich wohl alle Mitglieder bei allen Mitgliedern für die regelmäßige Beitragszahlung und die ausgeprägte Spendenbereitschaft. Nur dadurch war und ist es möglich, die zu lösenden Aufgaben überhaupt zu finanzieren. Andere Sponsoren außer uns selbst haben wir nicht.

Zum zweiten gilt der Dank den Vorständen der TIG und ihren Vorsitzenden, ganz besonders den Kassierern sowie den Kassenprüfern. Ihr Bemühen um die Realisierung der Einnahmen, die zusätzliche Finanzierung von Veranstaltungen, ihr sparsamer, manchmal schon an Geiz grenzender Umgang mit den ihnen zur Verfügung stehenden Finanzmitteln sowie die zunehmende Ordnungsmäßigkeit der Beleg- und Nachweisführung waren und sind wesentliche Voraussetzungen für die erreichten Ergebnisse auf dem Finanzgebiet.

Ein herzlicher Dank gilt vor allem den Mitgliedern, die als Bereichsverantwortliche oder -kassierer, als Unterkassierer, Gruppenbetreuer und wie sie noch genannt werden, in den einzelnen TIG mit viel Fleiß und unendlicher Geduld arbeiten.

Sie sorgen nicht nur dafür, daß die Beiträge kassiert und Spenden entgegengenommen werden. Sie sichern auch, daß unser Mitteilungsblatt möglichst schnell jeden Adressaten erreicht, daß andere Informationen sowohl des Vorstandes als auch des jeweiligen TIG-Vorstandes den Mitgliedern zur Kenntnis kommen. Für nicht wenige Mitglieder sind sie der freudig erwartete Gesprächspartner und Kraftspender.

Wie nun auf diesem Gebiet weiter?

Die erreichten Ergebnisse und Erfolge sollten uns auch im Jahre 1997 Ansporn sein, der Finanzwirtschaft bei der Durchführung der satzungsmäßig festgelegten Aufgaben und Ziele die notwendige Bedeutung beizumessen, das Beitrags- und Spendenaufkommen weiter zu erhöhen und durchgängig in allen TIG eine stabile Ordnung auf dem Gebiet Beleg- und Nachweisführung zu erreichen bzw. dauerhaft zu sichern. Dies kann vor allem gewährleistet werden, wenn die Vorstände der TIG alle Kassierer bzw. Betreuer zielgerichtet unterstützen, sich mit ihnen kontinuierlich beraten und gemeinsam mit den Kassenprüfern alles tun, um die in der Finanz-, sowie Beitrags- und Spendenordnung sowie im Methodischen Leitfaden über die Aufgaben und Verantwortlichkeiten des Kassierers der TIG festgelegten Prinzipien voll durchzusetzen.

Dazu gehört auch, in vielen TIG neue Mitglieder für solche Aufgaben zu gewinnen, um einzelne Gruppen verkleinern zu können.

Auch über diese Probleme sollte auf der Vertreterversammlung gesprochen werden.

Es gilt, unseren Verein zu stärken und zu stabilisieren, um für künftige soziale Auseinandersetzungen gerüstet zu sein.

Kandidaten für den Vorstand und die Revisionskommission

Folgende Bewerbungen liegen vor:

Vorstand:

Dr. Gerhard Dylla, Berlin, 65 Jahre;
Prof. Dr. Wolfgang Edelmann, Potsdam, 61 Jahre;
Dr. Peter Fricker, Berlin, 62 Jahre;
Bernhard Geier, Berlin, 70 Jahre;
Prof. Dr. Rolf Gruner, Berlin, 61 Jahre;
Horst Hartrampf, Neustrelitz, 56 Jahre;
Christel Hennig, Berlin, 68 Jahre;
Siegfried Jesse, Berlin, 59 Jahre;
Joachim Karlick, Dresden, 64 Jahre;
Horst Parton, Cottbus, 61 Jahre;
Dr. Dietrich Richter, Stralsund, 64 Jahre;
Edeltraut Sarge, 66 Jahre, Berlin;
Prof. Dr. Werner Wunderlich, Berlin, 72 Jahre;
Werner Zimmermann, Berlin, 69 Jahre.

Revisionskommission:

Dietrich Kaiser, Berlin, 65 Jahre;
Paul Nimz, Oranienburg, 60 Jahre;
Joachim Piller, Eichwalde, 66 Jahre;
Karl-Heinz Schwarzzeit, Berlin 67 Jahre.

*

Wegen arbeitsmäßiger Belastungen stehen die Vorsitzende Astrid Karger sowie die Vorstandsmitglieder Prof. Dr. Horst Bischoff, Prof. Dr. Willi Hellmann und Hans Luleich als Kandidaten für den neuen Vorstand nicht mehr zur Verfügung.

Forum

Unter diesem Titel rufen wir in Vorbereitung und Auswertung der Vertreterversammlung zu einer Leserdiskussion auf. Wir bitten um Meinungen, Erfahrungen und Vorschläge u. a. zu folgenden Themen:

- Welchen weiteren **Betätigungsfeldern** sollte sich ISOR künftig zuwenden? Bewährtes und Neues könnte gleichermaßen einer Bewertung unterzogen werden. So u.a. Weiterführung der politischen und rechtlichen Auseinandersetzung; Artikulierung des Protestes gegen verbleibendes Rentenstrafrecht; Einreichen in den Protest gegen den fortlaufenden Sozialabbau; Unterstützung des Anliegens der Erfurter Erklärung.
- Wie sollte die **Arbeit in den TIG** gestaltet werden? Die Mitglieder interessierende Themen für Mitgliederversammlungen; Hilfe in schwierigen Lebenssituationen; Geselliges; Kulturelles; Wandern; Reisen; Skat u.v.a.
- Wie muß die **Zusammenarbeit** mit anderen Vereinen und Verbänden gestaltet werden? Dabei denken wir insbesondere an die Fortführung der bewährten Zusammenarbeit mit BRH, DBWV, VdK, GRH, GBM die Volkssolidarität u.a. Weiter ist an die Fortführung und Ausweitung der Zusammenarbeit im Rahmen von „Runden Tischen“ für Soziales, Arbeitskreisen, Aktionsbündnissen usw. gedacht.
- Welche Themen/Problemkreise sprechen **Jüngere** an, die in unsere Vereinsarbeit einbezogen werden müßten. Dies ist ein spezielles, alle TIG bewegendes Problem. Im Rahmen dieses Forums sollten gute Erfahrungen vermittelt werden. (U.a. Hobbys, Interessengemeinschaften.)

Der Diskussionsstoff ist damit selbstverständlich nicht erschöpft. Wir freuen uns über jeden Beitrag zur Belebung des Gemeinschaftslebens und zur Förderung des Zusammengehörigkeitsgefühls.

Teilt uns insbesondere auch mit, was wir an unserem Mitteilungsblatt verbessern können, worüber Ihr unterrichtet werden möchte.

Die Redaktion

Eine aufschlußreiche Antwort

Die „GRH-Mitteilungen“ Nr. 4/97 gibt eine Antwort des brandenburgischen Justizministers Dr. Hans Otto Bräutigam an ein GRH-Mitglied wieder:

„...Da die Bundesrepublik Deutschland Teil eines größeren Rechtssystems ist, nämlich des Rechtssystems der Europäischen Union und auch des Europarates, stellt sich für die Beteiligten die Frage, wie weit auf dieser übergeordneten Ebene Überprüfungs- und Einflußmöglichkeiten ... bestehen. Ob das weiterhelfen wird, vermag ich nicht zu sagen. Es ist aber legitim und auch wichtig, nicht zu resignieren und Positionen deutlich zu machen.“

Aus dem Vereinsleben

Die TIG Eisenhüttenstadt wandte sich an den **Bürgerbeauftragten des Europäischen Parlaments, Rue de Belliard 97-113, B 1047 Brüssel**, und machte auf den politisch motivierten Mißbrauch des Rentenrechts gegenüber ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR aufmerksam. Die Beschwerde ist von 22 Mitgliedern unterzeichnet. Die TIG erhielt die Bestätigung, daß die Beschwerde eingetragen wurde und bearbeitet wird.

Der Vorsitzende der TIG teilt weiter mit: „An unserer Versammlung im März 1997 nahmen auf Einladung der Bundestagsabgeordnete der SPD, Winfried Mante, und der Vorsitzende des Seniorenbeirates der Stadt, Heinz Hensel teil. Beide brachten ihr Verständnis für unsere Rentenprobleme zum Ausdruck ...“

„Beide Gäste befürworteten unseren Brief an den Bürgerbeauftragten des Europäischen Parlaments... Es wurden Fragen an das MdB Mante gestellt zur generellen Haltung der SPD zur weiteren Ausgrenzung der ehemaligen MfS-Mitarbeiter. Er und viele Abgeordnete und Funktionäre der SPD seien gegen die Ausgrenzung, aber es gäbe auch Meinungen, die anders lauten. Es sei eben eine Frage des Kräfteverhältnisses, nicht nur im Bundestag sondern auch innerhalb der SPD. Es gebe da keine einheitliche Meinung...“

★

Die TIG **Frankfurt/Oder** teilt mit: Nach gemeinsamer redaktioneller Erarbeitung, Abstimmung und Beratung des Entwurfs einer Petition an den Petitionsausschuß des Bundestages wurde diese am 17. März durch die Vorsitzenden der Verbände und Vereine BRH, GBM-Förderkreis Senioren, GRH, DBwV/ERH, Bundesgrenzschutzverband/OG Pensionäre und ISOR der Stadt Frankfurt/Oder unterzeichnet und auf den Weg gebracht. Dem ging eine Vereinbarung der Verbände und Vereine voraus, die sie bereits am 13. Januar getroffen hatten.

★

Wahlversprechen kontra Wahlversprechen

Aus einer Entschließung des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern des BRH gegen weiter bestehende strafrechtliche Elemente und andere Ungerechtigkeiten im ostdeutschen Rentenrecht:

„Wir erinnern die Politiker in Bonn an ihr Wahlversprechen:

„Eins ist sicher, die Rente.“

Im nächsten Jahr wird erneut gewählt!

Und wir sagen:

„Eins ist sicher, wir wehren uns.“

Über ihre Öffentlichkeitsarbeit berichtet die TIG **Arnstadt**: „Nach Rückäußerungen von Politikern und Parteien ist zu erkennen, daß bei kritischen Äußerungen zu den RÜG-Ergänzungsgesetzen ihre Haltung mit der Verletzung der Wertneutralität des Rentenrechts begründet wird. Selbst der Koalitionspartner FDP stellt in den Mittelpunkt die Problematik

der Wertneutralität, wobei er aber u.a. die Ausrede verwendet, daß die Verletzung 'nicht die Absicht des Gesetzgebers' war. Für die TIG scheint es deshalb zweckmäßig, in weiteren Protestaktivitäten die Mißachtung der Wertneutralität als die Grundfrage der Rechtsverletzung noch stärker in den Mittelpunkt der Öffentlichkeitsarbeit zu stellen. Insgesamt 10 Petitionen an den Bundestag und Schreiben an UNO-Einrichtungen in Genf wurden dementsprechend verfaßt.

Verteidiger des Rentenstrafrechts versuchen, die politische Bedeutung durch den angeblich geringen Personenkreis der noch Betroffenen herunterzuspielen, wobei die große Anzahl der Anwartschaften keinerlei Berücksichtigung findet.

In einem *offenen Brief an alle ehemaligen Mitarbeiter des MfS des Kreises* wurde darauf hingewiesen, daß sie für ihren zukünftigen Rentenanspruch einen Entgeltbescheid benötigen, Aktivitäten zum Erlangen eines solchen Bescheides erläutert und die Notwendigkeit eines Widerspruchsverfahrens begründet.

Die Notwendigkeit solcher Informationen ergibt sich, weil bei Nichtmitgliedern über die Problematik der gesetzlichen Rentenversicherung absolut keinerlei Kenntnisse bestehen. Auf die Bereitschaft der ISOR-Mitglieder, ihnen die Verfahrensweise zu erläutern, wurde hingewiesen.“

★

Die TIG **Riesa** informiert: „... das gesellige Zusammenleben kommt in unserer TIG nicht zu kurz. Im Jahre 1996 haben wir Fahrten an die Nordsee und in den Bregenzer Wald sowie zum Bodensee mit der Insel Mainau unternommen. Diese Mehrtagesfahrten sind sehr gefragt. Jedes Jahr zur Faschingszeit führen wir ein Schlachtfest durch. In diesem Jahr war es das sechste Schlachtfest mit Tanz und diversen Einlagen. Die Teilnehmerzahlen liegen bei 120 bis 140 ...“

„Zu Anfang des Jahres wird immer ein kultureller Plan aufgestellt, wobei die Betreuer zuvor Meinungsumfragen machen. Dieses kulturell-gesellige Zusammenleben findet bei allen sehr großen Anklang und fördert den festen Zusammenhalt.“

★

Die TIG **Eilenburg** organisierte zum Internationalen Frauentag ein zwangloses Zusammensein mit den Ehepartnern. Es wurde eine gut besuchte, gelungene Veranstaltung. Jede Frau erhielt eine Nelke mit frischem Grün und ein kleines Törtchen zum Kaffee.

Im Juni will die TIG eine Wochenendfahrt in das Isergebirge mit PKW unter Bildung von Fahrgemeinschaften durchführen.

Die TIG **Oranienburg** führte am 12. April im Zusammenwirken mit der IG der VdN Kreis Oberhavel eine öffentliche Versammlung durch, an der auch Vertreter der Ortsgruppe des BRH, der Seniorengruppe der Gewerkschaft der Polizei und der Kameradschaft Ehemaliger des DBwV teilnahmen. Die Presse

wurde von der VdN eingeladen. Am 14. April erschien im „Oranienburger Generalanzeiger“ ein Artikel über die Versammlung unter dem Titel „Rentenunrecht soll beseitigt werden“.

Die Veranstaltung, an der 120 Personen teilnahmen, wurde als sehr informativ und nützlich für die weitere Zusammenarbeit mit den genannten Ortsgruppen eingeschätzt.

★

Die TIG **Hildburghausen** hat ein eigenes Mitteilungsblatt herausgegeben.



Im Geleitwort des Vorstandes heißt es u. a.:

„... In wenigen Tagen wird unsere TIG vier Jahre alt... Mit 12 Mitgliedern begannen wir, heute ist unsere TIG 80 Mitglieder stark...“

Die vergangenen Jahre waren angefüllt mit großen Bemühungen zur Beseitigung des so unruhlichen Rentenstrafrechts, zur Stärkung und Festigung unserer Solidargemeinschaft und nicht zuletzt bei der Betreuung und Unterstützung unserer Mitglieder oder deren Angehörige in besonderen Lebenslagen, ... bei verschiedensten Behördengängen, der Ausfüllung von Anträgen oder der Anfertigung von Schriftsätzen ...

Mit dem heutigen Tag legt der Vorstand Euch unser erstes Exemplar eines vereinsinternen Informationsblattes vor ...“

Das Blättchen enthält u.a. Glückwünsche zu „runden“ Geburtstagen, eine Begrüßung neuer Mitglieder und eine Veranstaltungsübersicht für 1997. Neben regelmäßigen Mitgliederversammlungen plant die TIG im Juli einen Wandertag und zum Jahresende eine Jahresabschlußveranstaltung mit Ehepartnern. Außerdem informiert sie über die Bedingungen der Wirksamkeit einer Rechtsschutzversicherung bei Sozialrechtsstreitigkeiten und über einschlägige Artikel aus zentralen und örtlichen Zeitungen.

★

„Aus Anlaß des „Tages der politischen Gefangenen“ am 18. März veranstalteten die Mitglieder der TIG **Hettstedt** eine Geldsammmlung, die zweimal im Jahr durchgeführt werden soll. Die Sammlung erbrachte den Betrag von 247 DM, der an die zuständige Stelle überwiesen wurde. Auch hier üben die Mitglieder von ISOR, so gut jeder kann, Solidarität. Es wäre gut, wenn wir erfahren könnten, wie es die anderen TIG machen.“ E. Seeland

★

Auf den in Vorbereitung der Vertreterversammlung in vielen TIG durchgeführten Ver-

Fortsetzung auf Seite 3

Fortsetzung von Seite 2

sammlungen wurden die Vertreter gewählt und Beschlüsse, Petitionen, Willenserklärungen und Protestbriefe verabschiedet. Damit dokumentieren diese TIG ihre Bemühungen um die weitere Gestaltung des Vereinslebens und den Willen ihrer Mitglieder, sich keinesfalls mit dem Teilerfolg, den die neuerliche AAÜG-Korrektur erbrachte, abzufinden, sondern weiter zu kämpfen bis zur vollständigen Beseitigung des Rentenstrafrechts und Versorgungsunrechts. Das beweisen u.a. Informationen der TIG Berlin-Mitte, Berlin-Lichtenberg 1, Delitzsch, Erfurt, Forst/Lausitz, Halberstadt, Hoyerswerda, Königs Wusterhausen, Kühlungsborn, Leipzig, Marienberg, Schwarzenberg, Wismar, Wittenberge/Perleberg und Wolgast.

★

Die TIG Glauchau unterbreitete folgenden Vorschlag:

„Die übersandten Zusatzexemplare von *ISOR aktuell* Nr. 2/97 mit der Empfehlung auf Anforderung von Entgeltbescheiden beim Bundesverwaltungsamt wurden an einige ehemalige Angehörige des MIS übergeben. Sie haben größtenteils guten Widerhall gefunden, insbesondere bei Personen, die noch nicht Mitglied von ISOR sind. Daraus ergaben sich Ansätze für deren Gewinnung als Mitglieder. Unser Vorstand schlägt deshalb vor, sich demnächst – evtl. nach der Vertreterversammlung mit Bekanntgabe von deren Beschlüssen oder direkt von dieser „Tribüne“ aus – in einem persönlichen Brief an diese ehemaligen Mitarbeiter zu wenden, die auch als Zugehörige zu rentenfernen Jahrgängen nach dem gegenwärtigen Stand noch mit rigorosen Kürzungen in der Altersversorgung betroffen sind.

Neben dem nochmaligen Hinweis auf die Anforderung von Entgeltbescheiden und der Begründung der Notwendigkeit zum Einlegen von Widersprüchen gegen die daraus ersichtlichen Kürzungen sollten konkrete Beispiele das Ausmaß der Kürzungen darstellen. Diese Hinweise und Beispiele zeigen nach unseren Erfahrungen Wirkung.“

Ähnliche Vorstellungen, sich mit einem Brief an noch außenstehende Betroffene zu wenden, äußerte auch die TIG Schwerin.

Aus der Postmappe

„Die Beiträge von Prof. Dr. Bienert und Prof. Dr. Edelmann im ND vom 27. März, beide Experten im Rentenrecht, geben einen Überblick und eine kurze Bilanz vom Wirken von ISOR und GBM in Fragen Rentengerechtigkeit. Prof. Dr. Bienert zeigt in seinem Gespräch mit ND-Lesern auf, was uns Rentner und die künftigen Rentner in Zukunft noch erwarten wird. Daher kann man nicht verstehen, daß es noch immer ehemalige Angehörige der bewaffneten Organe gibt, die mit ISOR e.V. nichts im Sinn haben und andere für ihre Interessen kämpfen lassen. Sie brauchen die Gemeinschaft und Solidarität nur so lange,

bis ihre Ziele erreicht sind, dann kehren sie ISOR den Rücken. Die Ausführungen müssen von den einzelnen TIG genutzt werden zur Gewinnung neuer Mitglieder.

Ihnen muß ihre Rentnerperspektive verdeutlicht werden. Wir dürfen die Arbeit für Rentengerechtigkeit nicht nach oben verlagern, sondern die Arbeit der Basis muß verbessert werden, um die TIG interessanter zu machen. Beiträge kassieren allein genügt nicht.“

E. Seeland, Hettstedt

Bei anderen gelesen

Dieser Tage ist der Redaktion die 1. Ausgabe des Mitteilungsblattes des Freundeskreises der Sportsenioren Berlin „*Der Sport-Senior*“ auf den Tisch geflattert. Wie wir dem Blatt entnehmen konnten, plagen sie die gleichen Probleme wie uns.



Aus „*Der Sport-Senior*“ Nr. 1

In einem Beitrag heißt es u. a. „Gegen das verbleibende Renten- und Versorgungsunrecht sollten wir gemeinsam und jeder einzelne von uns in brieflichen Aktionen gegenüber Bundestagsabgeordneten und auch politischen Parteien protestieren und an außerparlamentarischer Arbeit in Form von Versammlungen und Demonstrationen teilnehmen.“

Wir fordern die vollständige Nachzahlung ab Rentenbeginn bzw. 1. Juli 1990, die Aufhebung des Rentenstrafrechts für die weiterhin davon Betroffenen, die Beseitigung der weiteren Rentengerechtigkeiten und Überførungsansprüche, sowie, die Abschmelzung der Auffüllbeträge einzustellen.

Das bedeutet, daß jeder einzelne sich weiter an den Protesten und Eingaben beteiligt sowie gegen seinen Rentenbescheid Widerspruch einlegt und Klage bei den Sozialgerichten einreicht...“

Die AG Recht informiert

Nachuntersuchung bei Dienstbeschädigungsausgleich?

Seit Mitte April hat die Zahlung von Dienstbeschädigungsausgleich (DBA) begonnen. Von ehemaligen Angehörigen der NVA erfahren wir, daß die Zahlungen zunächst ohne Bescheid des Versorgungsträgers von der BfA zugehen. Dabei fällt in einer Reihe von Fällen auf, daß mit 175 DM nur ein Körperschaden in Höhe von 20% berücksichtigt wurde, obgleich der für die Dienstbeschädigungsteilrente

(DBTR) anerkannte Körperschaden höher lag. Der Versorgungsträger muß darüber noch einen Bescheid erteilen. Sollte in diesem Bescheid eventuell auch nur vorläufig ein geringerer Körperschaden ausgewiesen sein, als ursprünglich bei der DBTR, empfehlen wir Widerspruch einzulegen. Als Text des Widerspruch ist zu empfehlen:

„Gegen den Bescheid vom ..1997 lege ich Widerspruch ein.“

Der Widerspruch wendet sich gegen die ohne vorherige Nachuntersuchung willkürliche Herabminderung meines für die Dienstbeschädigungsteilrente anerkannten Körperschadens in Höhe von ... Prozent.“

Mit diesem Widerspruch wird der Anspruch geltend gemacht, den Dienstbeschädigungsausgleich zumindest bis zu dem Zeitpunkt im Bezug auf die der DBTR zugrundeliegende Höhe des Körperschadens fortzuzahlen, von dem ab eine kompetente ärztliche Untersuchung etwa anderes festgestellt hat. Solche Nachuntersuchungen waren grundsätzlich schon nach den früheren Versorgungsordnungen möglich. Sie ist auch jetzt nach § 62 SGB I rechtlich möglich. Das Gesetz über den DBA erlaubt jedoch nur, bei der Bewilligung von DBA aufgrund einer früheren Dienstbeschädigungsvollrente den Körperschaden vorläufig und vorbehaltlich einer Nachuntersuchung mit 70% festzulegen. In allen anderen Fällen darf eine Änderung des Körperschadens erst im Ergebnis einer Nachuntersuchung festgestellt werden.

Da die Widerspruchsführung nur das Recht auf Nachzahlung sichern kann, wenn der bisher festgestellte Körperschaden höher als 20 Prozent ist, wird eine anwaltliche Vertretung nicht sofort erforderlich. Der Anwalt sollte erst eingeschaltet werden, nachdem ein Widerspruchsbeseid zugegangen ist. Sollte im Ergebnis der Nachuntersuchung ein geringerer Körperschaden als bisher festgestellt werden, muß dies leider in der Regel hingenommen werden. Wer dagegen angehen will muß wissen, daß er letztlich vor Gericht mit einem anerkannten Gegengutachten zu seinen Gunsten bestehen muß. Bevor man ein solches Verfahren führt, sollte man sich gründlich mit einem auf dem jeweiligen Fachgebiet kompetenten Arzt konsultieren.

BfA zu Ansprüchen auf Nachzahlung für die Zeit vor dem 01.01.1997

Ralf-Peter Stephan, Mitarbeiter im Referat für Entwicklung der Sozialversicherung der BfA, befaßt sich in „Angestelltenversicherung“ Nr. 1/97 mit dem AAÜG-ÄndG.

Zur Frage des Anspruchs auf Nachzahlung stellt Stephan mit Bezug auf die Vorlagebeschlüsse beim Bundesverfassungsgericht fest:

„Durch die sich ab 01.01.1997 infolge des AAÜG-ÄndG ergebenden Rentenerhöhungen erledigen sich die in der Regel zum Ruhen gebrachten Widersprüche und Klagen

Fortsetzung auf Seite 4

Der Vorstand dankt allen Spendern, die mit ihrer Zuwendung das Wirken der ISOR im Kampf um Rentengerechtigkeit und Beseitigung des Rentenstrafrechts unterstützen.

Fortsetzung von Seite 3

gegen die Entgeltbegrenzungen nicht, soweit sie die vor dem 01.01.1997 liegenden Rentenbegrenzungszeiträume betreffen. ... Von seiten der betroffenen Widerspruchsführer und Kläger ist momentan nichts zu veranlassen. Insbesondere ist es nach Lage der Dinge nicht notwendig, auch die neuen Überführungsbescheide nur wegen der fehlenden Rückwirkung anzufechten, denn die bereits anhängigen und zum Ruhen gebrachten Verfahren bieten bereits den angestrebten Rechtsschutz."

In einigen wenigen Fällen wurden Klageverfahren gegen Rentenbescheide wegen der Entgeltkürzung nach AAÜG mit einem sogenannten Vergleich abgeschlossen. In diesen Fällen empfiehlt Stephan: „Um Rechtsnachteile zu vermeiden ... ist den Betroffenen ... anheimzustellen, vorsorglich und recht bald einen Überprüfungsantrag nach § 44 SGB X zu stellen, um ihre Rechte zu wahren.“ Wir empfehlen zusätzlich, solche Anträge mit der Erklärung zu verbinden, daß dieser ruhen kann, um höchstrichterliche Entscheidung abzuwarten. Das Recht ist auch dann hinreichend gewahrt, wenn die BfA schriftlich erklärt oder bereits erklärt hat, die Rente werde von Beginn an neu berechnet, sobald der mit Widerspruch oder Klage angefochtene Entgeltbescheid abgeändert worden ist.

Nochmals sei auf das Verfahren hingewiesen, wenn Widerspruch oder Klage gegen den Entgeltbescheid nach dem alten Recht versäumt worden ist. In diesen Fällen muß ein Antrag nach § 44 SGB X gegen den alten Entgeltbescheid gestellt werden. Da mit Komplikationen in der Führung dieser Verfahren zu rechnen ist, wird empfohlen, die Anwälte zu beauftragen, solche Anträge zu stellen.

★

Bei Redaktionsschluß erreichte uns die Mitteilung über einen Brief des Petitionsausschusses zu einer Petition zu der am 27. September 1996 beschlossenen AAÜG-Änderung. Darin heißt es: „... Zum Stand Ihres Petitionsverfahrens teile ich Ihnen mit, daß die Behandlung Ihres Anliegens im Petitionsausschuß vor dem Abschluß steht, so daß demnächst das Berichterstatterverfahren eingeleitet werden kann ... Über den Beschluß des Deutschen Bundestages werden Sie so bald wie möglich unterrichtet...“

Der Vorstand teilt mit

Finanzbericht 1996

Im Haushaltsjahr 1996 erzielte die ISOR e. V. Einnahmen in einer Höhe von 1.199.980,23



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder



Hans Besthorn, Berlin-Karlshorst
Georg Bischof, Bernau
Helmut Böhnert, Gera
Werner Denecke, Magdeburg
Klaus Eichenberg, Chemnitz
Heinz Fechner, Cottbus
Werner Grund, Hoyerswerda
Heinz Güttler, Eisenach
Heinz Hackbusch, Ludwigslust
Erich Halm, Schwarzenberg
Martin Hanschmann, Chemnitz
Horst Henoch, Forst
Karl-Heinz Herder, Berlin-Treptow
Curt Herold, Hohen Neuendorf
Hilde Heumann, Suhl
Rolf Hesse, Riesa
Richard Hinz, Schwerin
Werner Jüngling, Schmilka
Walter Kelm, Zeitz
Heinz Kophamel, Neubrandenburg
Walter Kühn, Leipzig
Robert Kündiger, Berlin-Friedrichsfelde
Wolfgang Lenz, Strausberg

Dieter Müller, Berlin-Hohenschönhausen
Werner Neumann, Berlin-Mitte
Hellmut Neumeister, Stralsund
Josef Oberhofer, Delitzsch
Hartmut Philipp, Berlin-Treptow
Helmut Potzuweit, Tangerhütte
Wolfgang Prenzel, Berlin-Treptow
Werner Ramm, Reitzenhain
Kurt Richter, Geithain
Ruth Richter, Leipzig
Lothar Schilling, Dresden
Uwe Schmelzer, Halle
Paul Schmidt, Hildburghausen
Peter Schmidt, Berlin-Friedrichshain
Heinz Schwarzrock, Berlin-Friedrichsfelde
Dieter Siebert, Riesa
Lothar Sittner, Berlin-Treptow
Erich Stephan, Jena
Horst Teubner, Jena
Johann Theobald, Berlin-Köpenick
Gerhard Timat, Sternberg
Joachim Trolle, Frankfurt/Oder
Karl Weber, Berlin-Treptow
Martin Weikert, Erfurt

Ehre ihrem Andenken.

Berichtigung: Durch einen bedauerlichen Übermittlungsfehler wurde der Name unseres verstorbenen Mitgliedes Erich Sitte, Prora in Nr. 4/97 falsch geschrieben.

DM und leistete Ausgaben in einer Höhe von 1.206.748,54 DM. Die Mehrausgaben in Höhe von 6.768,31 DM wurden aus dem finanziellen Vermögen abgedeckt.

Die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen, Aufnahmebeiträgen und Spenden betragen insgesamt 1.186.453,82 DM.

Davon entfallen 300.210,23 DM auf Spenden einschließlich 105.840,02 DM auf die Realisierung von Bereitschaftserklärungen.

Die sonstigen Einnahmen betragen 13.526,41 DM

Die Ausgaben wurden verwandt für

- Interessenvertretung	861.078,74 DM
- Personalkosten	107.441,14 DM
- Verwaltungs- und Organisationsaufgaben	219.882,66 DM
- Ausgaben für Grundmittel	18.346,00 DM

Für die Vereinsarbeit in den TIG wurden 46.407,35 DM verwandt.

Das finanzielle Vereinsvermögen zum 31. 12. 1996 betrug 491.055,66 DM. Der Wert der Vereinsausstattung wird mit 23.631,00 DM ausgewiesen.

Die Revisionskommission hat die Ordnungsmäßigkeit der Finanzwirtschaft für das Jahr 1996 geprüft und dem Vorstand Entlastung erteilt.

★

Auf der Vorstandssitzung am 30. April wurden in Vorbereitung der Vertreterversammlung u. a. folgende Themen behandelt:

- Entwürfe der Wahlordnung, und Geschäftsordnung der Vertreterversammlung
- Thematische Vorbereitung und Auswertung der Vertreterversammlung im Mitteilungsblatt „ISOR aktuell“.

Weiter befaßte sich der Vorstand mit der Vorbereitung auf den Ostdeutschen Kongreß.

IMPRESSUM

Herausgeber: Vorstand der Initiativegemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V.

Bankverbindung:

Berliner Sparkasse
Konto-Nr.: 171 302 0056
Bankleitzahl: 100 500 00

Geschäftsstelle der ISOR e.V.:

Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Telefon: (030) 29 78 43 15
Fax: (030) 29 78 43 16
Postanschrift: ISOR e.V.
Postfach 70 04 23
10324 Berlin

Sprechstunden:

Dienstag 9 bis 13 Uhr
Mittwoch 9 bis 13 Uhr
Donnerstag 16 bis 19 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Vi S d P: Prof. Dr. Werner Wunderlich
c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.
Druck: Druckerei Pawick, 10195 Berlin

Nicht wegwerfen! – Weitergeben! ★ ★ ★ Nicht wegwerfen! – Weitergeben!